

Herr Bernhard Müller von der CDU-Fraktion sagte, dass der Sachstandsbericht zeige, dass es richtig gewesen wäre, diesen harten Ratsbeschluss nicht umzusetzen, sondern man hätte die Prüfaufträge aller Fraktionen abgearbeitet und Transparenz geschaffen. Durch die Einbindung aller Vereine habe man Bürgernähe gezeigt. Leider hätte es aus den bekannten Gründen nicht geklappt, dass die Vereine das Haus in Eigenregie weiter führen können. Sie müssten jetzt mal abwarten, wie es weitergehe.

Herr Metz hatte eine Nachfrage zu der Beantwortung der Frage „Wie hoch die Kosteneinsparung durch die Schließung der Bürgerhausfunktion und welche Kosten verbleiben bei der Stadt solange das Haus nicht niedergelegt oder veräußert wird?“. Er möchte wissen, ob durch die Vertragsverlängerung Kosten für die Stadt Sankt Augustin entstehen.

Herr Ehlert antwortete dazu, dass die Verwaltung die Aufgabe hatte, bis zum Jahresende eine möglichst kostenneutrale Lösung für die Stadt zu finden. Mit den Vereinen wären intensive Gespräche geführt worden, aber leider wäre es ihnen nicht gelungen, dass die Vereine das Haus Buisdorf übernehmen. Die derzeitige Lösung, Vertragsverlängerung mit der Betreiberin, sei nicht kostendeckend.

Der Bürgermeister sagte, dass der grundsätzliche Beschluss, dass die Jugendarbeit und die Schützen weiter gewährleistet werden muss, vorliegen würde. Bei einer Einigung mit einem möglichen Pächter oder einer Veränderung des Hauses, sollten diese beiden Gruppen berücksichtigt sein. Die Grundkosten des Hauses, Heizung, Reinigung etc., liefen erstmal durch diese beiden Gruppen weiter. Durch die Überlassung mit Pachtvertrag an die bisherige Betreiberin, kämen nur unwesentliche Kosten hinzu. Diese Kosten würden durch die Pachteinahmen abgedeckt, aber das Haus Buisdorf wäre insgesamt nicht kostenneutral, weil die Jugendarbeit und die Räume für die Schützen, von der Grundversorgung immer noch einzurechnen sind.

Herr Rupp ergänzte die Ausführungen des Bürgermeisters. Seinerzeit wären Zahlen ermittelt worden, die seiner Erinnerung nach bei 33.800 € im Jahr gelegen hätten. Die Stadt würde da etwas zu tun, solange das Haus als Bürgerhaus genutzt würde. Der Rat habe aber den Beschluss gefasst, die Nutzung als Bürgerhaus zum 01.01.2017 aufzugeben. Dies heiße für die Kämmerei, dass das Haus aus dem Produkt Bürgerhäuser herausgenommen würde und dem FB 9 in die Vermietung und Verpachtung gegeben würde. Die Immobilie soll kostenneutral als Vermietungsobjekt betrieben werden. Das bedeutet, dass der freiwillige Bereich um diesen Zuschussbedarf entlastet wird. Es trete dann der Effekt ein, dass ein Haus an eine Pächterin vermietet würde, die keine kostendeckende Pacht zahle, bis die Stadt eine andere Nutzung gefunden hat.

Herr Ehlert sagte dazu, dass er davon ausgehe, dass die entstehenden Mehrkosten durch die Nutzung der Pächterin durch die Pachteinahmen gedeckt sind.

Der Bürgermeister ergänzte, dass ein Großteil der Problematik darin läge, dass sie in Verhandlungen immer sagen würden, dass die Jugendarbeit und die Schützen gewährleistet bleiben müssten.

Herr Knülle hielt fest, dass der damalige Haushaltsbeschluss nicht umgesetzt worden wäre, weil das, was beschlossen worden wäre, derzeit nicht gemacht würde. Dennoch wäre der gewählte Weg der Verwaltung nachvollziehbar und im Sinne des Miteinanders mit den Vereinen und dem Stadtteil Buisdorf zu akzeptieren. Im Hinblick auf die zu erzielende Gesamteinsparung müsse dennoch sehr schnell eine Lösung für das Haus Buisdorf gefunden werden. Er bat daher um regelmäßige Unterrichtung durch die Verwaltung und dass sie sehr schnell zu einer Lösung kämen, damit das durch diese Entscheidung vorgenommene Einsparungspotential auch erzielt würde.

Herr Metz drückt seine Sprachlosigkeit über die Beschlusslage aus. Er könne sich noch sehr gut erinnern, dass sie bei den freiwilligen Leistungen Einsparungen erzielen mussten. Er verstehe keinerlei Tendenzen in diesem Ausschuss, dass man sage, dass hier ein Problem gelöst sei. Sie wären eigentlich mit dem Versuch gescheitert, etwas hinzubekommen mit den Vereinen, welches den gleichen Einspareffekt erzielen würde. Jetzt wolle man seitens der Stadt zur Vermietung oder Verpachtung einen anderen Betreiber finden, welches aber sicherlich aus der Erfahrung nicht sehr aussichtsreich wäre. Er halte es auch für problematisch, dass der Vertrag mit der alten Betreiberin jetzt verlängert würde, das Haus Buisdorf haushalterisch aber einem anderen Produkt zugeordnet würde. Wenn im Nachtragshaushalt über das Thema freiwillige Leistungen gesprochen würde, dann frage er sich, wo die geforderten Einsparungen der Kommunalaufsicht eingespart würden. Diese Vorgehensweise mit dem Beschluss zum Haus Buisdorf würde ihn nicht überzeugen und beruhigen. Sie hätten das Problem jetzt weiterhin und würden hoffen, dass sie einen finden, der mehr zahlt als die bisherige Pächterin oder es würde verkauft und dann würden sie über eine komplette Neukonzeption sprechen. Er erwarte von der Kämmerei eine Darstellung, was dies haushalterisch für die anderen freiwilligen Leistungen bedeute.

Der Bürgermeister sagte dazu, dass die Verwaltung mit Rücksicht auf die Vereine, insbesondere der Schützen, die versucht hätten ein Konzept zu finden, um das Haus zu übernehmen, das Haus bis Ende 2016 nicht vermarktet hätte. Es ginge jetzt nicht darum einen Pächter zu finden, der das gleiche wieder macht, sondern sie würden jemanden suchen, der vielleicht dort etwas ganz anderes machen würde, aber unter der Voraussetzung, dass sie Jugend und Schützen in irgendeiner Form Rechnung getragen wird. Was die Pächterin der Stadt zahle, wäre mehr als das, was sie an Strom und Wasser verbrauche. Haushalterisch mache es keinen Sinn, das Haus Buisdorf für die Jugend und die Schützen offen zu halten, wenn die Stadt nicht wenigstens einen Großteil der Grundkosten über eine geringe Pacht wieder reinhole, deswegen die Dreimonatsverträge mit der Pächterin bis die Stadt einen anderen Pächter oder Käufer für das Haus gefunden hat. Dies solle nicht einfach so weitergeführt werden, die Verwaltung wäre auch daran interessiert, das Haus Buisdorf zu vermarkten, weil sie kein Interesse habe, immer wieder in die Zwänge mit der Kommunalaufsicht oder der Umsetzung von Beschlüssen zu kommen, aber die Verwaltung hätte nicht parallel zu den Verhandlungen mit den Vereinen versuchen können, das Haus zu vermarkten. Die Verhandlungen mit den Vereinen wären bis Ende 2016 gelaufen und jetzt hätten die Vereine definitiv gesagt, dass sie das Haus nicht übernehmen könnten. Herr Metz hätte Recht, dass die Umsetzung des Beschlusses nicht so wäre, wie sie sich das erhofft hätten, aber die Verwaltung arbeite weiter an der Umsetzung. Der GebäudeA würde über den Sachstand informiert.

Auf die Frage von Frau Jung, wie viele aktive Schützen die Räumlichkeiten im Keller des Haus Buisdorf noch nutzen, antwortete Herr Müller, dass das ca. 30 Personen wären.

Herr Knülle ergänzte, dass die SPD-Fraktion die Schützen mal zu einer offenen SPD-Fraktionssitzung eingeladen habe, bei der die Schützen selber große Bedenken bzgl. der zukünftigen Vereinsstruktur in Buisdorf geäußert hätten. Dies müssten sie vielleicht in die zukünftigen Überlegungen mit einbeziehen.